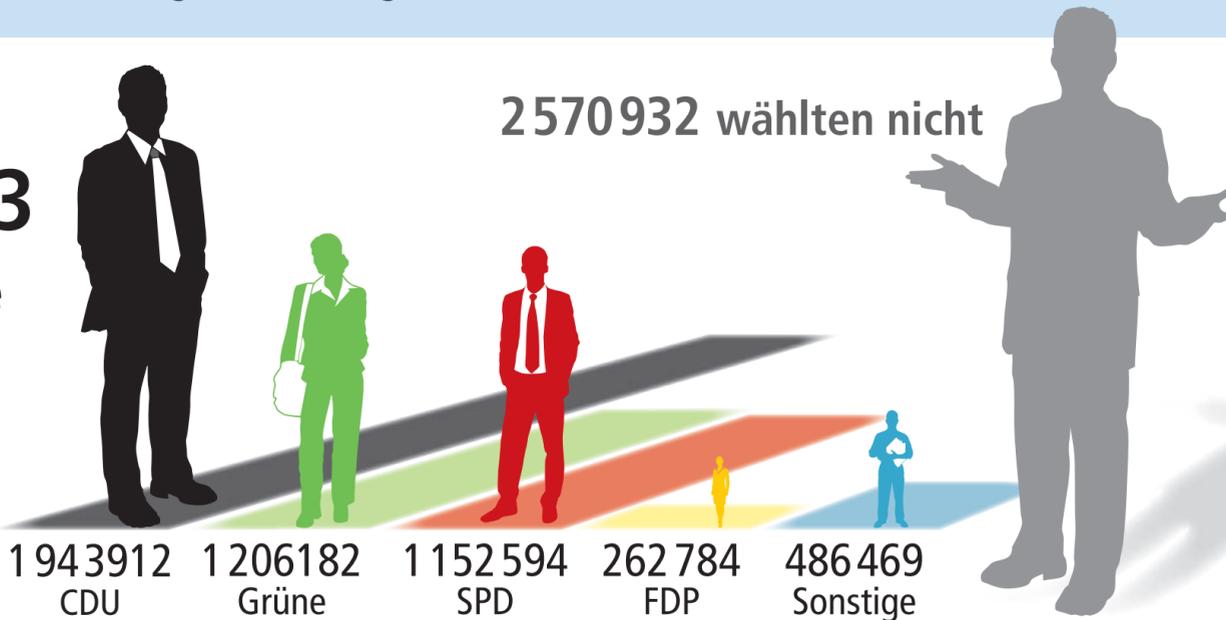


THEMA DES TAGES

VERDROSSENHEIT Am 13. März entscheiden die Baden-Württemberger über die Zukunft des Landes – und voraussichtlich wird eine große Gruppe wieder auf ihr Recht mitzureden verzichten. Stellt sich die Frage: Warum eigentlich?

So wählten
7 622 873
Wahlberechtigte bei der letzten Landtagswahl in Baden-Württemberg



Ruf nach modernem Wahlrecht

Konkrete Vorschläge zur Reform des Wahlrechts kommen bisher von der SPD. Doch auch Union, Grüne und FDP sehen Handlungsbedarf.

GUNTHER HARTWIG

Vor über einem Jahr ließ die damalige SPD-Generalsekretärin Yasmin Fahimi mit unkonventionellen Ideen zur Bekämpfung der grassierenden Wahlmüdigkeit aufhorchen. Ob aus dieser Initiative eine gemeinsame Reformanstrengung aller Parteien noch vor der Bundestagswahl 2017 wird, ist aber höchst ungewiss.

Immerhin beschloss der SPD-Bundesparteitag im Dezember einen Katalog von 19 „Handlungsvorschlägen“ zur Modernisierung des Wahlrechts, in dem einige Empfehlungen Fahimis wiederfanden. So soll es den Wahlbürgern künftig möglich sein, statt nur sonntags an Wahlwochenenden von Freitag bis Sonntag ihre Stimme abzugeben, und zwar nicht nur in den üblichen Wahllokalen in Schulen, Kindergärten und Bezirksamtern, sondern auch in Polizeistationen und Bibliotheken sowie in „Mobilen Wahlstationen“ in Bussen und Containern. Weitere SPD-Vorschläge sind die Vereinfachung des Briefwahlrechts und die Zusammenlegung mehrerer Wahltermine auf allen Ebenen.

Gegenwärtig läuft in allen politischen Parteien und parteinahen Stiftungen eine Debatte über zeitgemäße Wahlmöglichkeiten. Die neue SPD-Generalsekretärin Katarina Barley bekräftigte jüngst in einem Interview mit der SÜDWEST PRESSE ihre Absicht, spätestens Anfang 2017 mit ihren Kollegen von Union, Grünen und FDP eine Gesetzesinitiative zu starten. Experten glauben jedoch nicht, dass die Zeit für eine abschließende Beratung in Bundestag und Bundesrat noch vor Ende der Wahlperiode reicht.

Unterdessen hat die parteiunabhängige Bertelsmann-Stiftung einen „8-Punkte-Plan zur Steigerung der Wahlbeteiligung“ vorgelegt, der durchaus auf Sympathie bei den Parteien stoßen könnte. Dieser Plan sieht folgende Maßnahmen vor: 1. Absenkung des Wahlalters auf



Der frustrierte Bürger

Konrad Nestle will mit einer Nichtwähler-Initiative die Demokratie retten

Sie werden immer mehr – mit jeder Landtags-, Bundestags- und Europawahl steigt die Zahl der Nichtwähler. Einer von ihnen ist Konrad Nestle. Er will seine Verweigerung als Aktivismus verstanden wissen.

THOMAS BLOCK

Man kann Konrad Nestle nicht vorwerfen, dass er es nicht versucht hätte. Seit den 60er Jahren beschäftigt sich der pensionierte Lehrer jetzt schon mit der Politik. Eine Zeitlang war er auf kommunaler Ebene bei den Grünen aktiv, eine Zeitlang in der Gewerkschaft – doch irgendwie hat es ihn nicht zufriedengestellt. „Als die Grünen dem Jugoslawien-Krieg zugestimmt haben, bin ich ausgetreten“, sagt Nestle und wählte fortan Kleinparteien. Eher aus Verlegenheit. „Das letzte Mal aus Überzeugung gewählt habe ich Willy Brandt“, sagt er. Aber auch damit soll jetzt Schluss sein. Der Fehler, das hat Nestle irgendwann erkannt, liege nämlich im System. Und das könne man nur zum Umdenken zwingen, indem man es dort trifft, wo es am meisten schmerzt: bei der Wahlbeteiligung.

Nestle gehört zu einer stetig größer werdenden Gruppe. Fast 2,6 Millionen Menschen und damit 33,7 Prozent der Wahlberechtigten haben bei der baden-württembergischen Landtagswahl 2011 auf die Stimmabgabe verzichtet – aus Faulheit, aus Desinteresse, aus Protest. Und das, obwohl es um nicht mehr und nicht weniger als die Neuausrichtung des Landes ging. Bei Wahlen, nach denen weniger dramatische Umwälzungen erwartet wurden, sah es noch schlimmer aus: Bei der Europawahl 2014 fanden im Südwesten nur 52,5 Prozent der Wahlberechtigten den Weg ins Wahllokal, bei der OB-Wahl 2015 in Ulm waren es lediglich 42,5 Prozent.

„Wählen gehen ist für viele die Wahl des kleineren Übels. Auch für mich“, sagt Nestle, obwohl er weiß, dass es ganz so einfach nicht ist. Er möchte als politischer Aktivist verstanden werden, als Kämpfer für die Demokratie, der halt nicht wählen geht. Nestle sieht aus, wie sich mancher einen Anti-AKW-Aktivist vorstellt: Die bumschigen, grauen Haare hat er zum Zopf zusammengebunden, dazu trägt er einen grauen Fleece-Pullover und eine kantige Brille. Zum Gespräch hat Nestle in die Cafeteria der Landesbibliothek gebeten. An den Tischen neben ihm gibt ein älterer Herr einem Jungen Nachhilfe, ar-

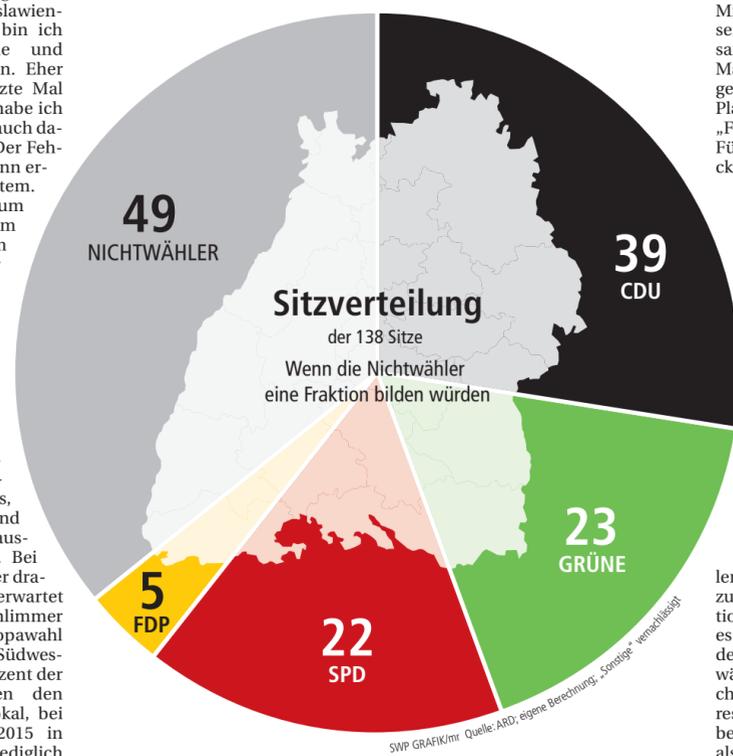
AUSGANGSPUNKT

Landtagswahl 2011 in Baden-Württemberg



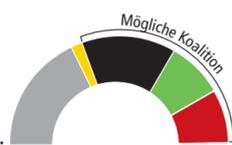
ANNAHME

Wenn die Nichtwähler eine Partei wären, hätte diese 33,7 Prozent der Stimmen erhalten. Der Landtag sähe dann so aus:



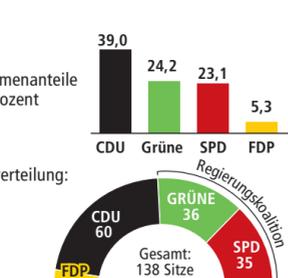
MÖGLICHE KOALITION

Nur eine Koalition aus CDU, Grünen und SPD würde in diesem Szenario die erforderliche Mehrheit von 70 Sitzen erreichen.



beiten Studenten an ihren Seminararbeiten, liest eine junge Frau einen Roman. Er sei gerne hier, weil die Bibliothek einer dieser Orte sei, wo man einfach nur sitzen könne, sagt er. Ein offener Ort, für jeden zugänglich – ganz so, wie er sich auch die Politik wünscht.

Es hat sich viel angestaut bei Konrad Nestle. In 50 Jahren politischer



dessen hätte die Zivilgesellschaft das Sagen, dann wäre Schluss mit einem Parteiensystem, das zu viel Energie darauf verwendet, die eigene Macht zu erhalten. Um diesem Ziel näher zu kommen, hat Nestle eine Initiative gegründet. „Mitreden ohne mitzuspielen“ heißt der Verbund einiger Politik-Enttäuschter. Am Wahltag wollen sie eine „Gläserne Urne“ aufstellen, in der Nichtwähler öffentlichkeitswirksam ihren Stimmzettel entsorgen können. Nestle reicht es nicht, selbst nicht zu wählen – er will andere dazu bewegen mitzumachen.

„Die einzige Möglichkeit, sich zu wehren, ist dort anzusetzen, wo es den Parteien wehtut“, sagt er. Nicht zu wählen ist sein Weg, Regierende zu mehr Bürgernähe zu erziehen. Mit einigen Mitstreitern hat Nestle seine Gedanken auf 20 Seiten zusammengefasst und sie „Vaihinger Manifest“ genannt. „Wir haben es geschrieben, um eine gemeinsame Plattform zu schaffen“, sagt Nestle. „Für die vielen Menschen, die in Fünfer-Grüppchen zusammenhocken und dieselbe Idee haben.“

Wenn man es freundlich formuliert, könnte man sagen, Nestle versucht die Frustration im Land zu bündeln und in Aktivismus umzuwandeln. Er ist nicht alleine. Die Partei der Nichtwähler hat bei der Bundestagswahl 2013 versucht, Wahlverdrossenen ein Sprachrohr zu geben und damit 11 349 Stimmen eingefahren. Die Partei „Nein!-Idee“ ist mit ihrem Versprechen, die Politikverweigerung in die Gemeinderäte des Landes zu tragen, indem sie dort prinzipiell gegen jeden Antrag stimmt, teils recht erfolgreich bei 350 Kommunalwahlen angetreten.

Aber Herr Nestle, ist Nichtwählen nicht Resignation? Der sonst so zurückhaltende Herr wird kurz emotional – also so emotional, wie man es in einer Landesbibliothek werden kann. „Das tun wir nicht! Nichtwähler, die sagen „Die da oben machen doch eh, was sie wollen“, die resignieren, die sind denkfaul. Wir beschäftigen uns mehr mit Politik als die meisten Wähler“, sagt er und legt die Hand zufrieden auf eine Ausgabe des Manifests. Stört es ihn nicht, dass eine geringe Wahlbeteiligung anti-demokratischen Strömungen in die Hände spielt? Ja, das tue es. Besonders die rechten Strömungen würden ihm große Sorge bereiten. Und warum ruft er dann zu einem Verhalten auf, das rechte Parteien stärker macht? „Ehrlich gesagt rechne ich so nicht“, sagt Nestle da. „Uns folgen nur sehr wenige. Vorläufig gesehen ist das eher eine symbolische Angelegenheit.“

Hintergründe zur Wahl, ein Wahlhelfer und noch viel mehr unter: www.swp.de/tw

„Politik ist doch kein Willkür-Akt“

Um die Wahlbeteiligung zu steigern, müssen Parteien auch zwischen den Wahlen stärker vor Ort sein und ihre Politik erklären. Das sagt der Stuttgarter Kommunikationswissenschaftler Frank Brettschneider.

THOMAS BLOCK

Herr Professor Brettschneider, bei der vergangenen Landtagswahl haben 33,7 Prozent der Wahlberechtigten auf die Stimmabgabe verzichtet. FRANK BRETTSCHEIDER: Das waren sogar relativ wenige. Bei der Landtagswahl davor hatten wir sogar 46,6 Prozent Nichtwähler.

Wie erklären Sie sich das? BRETTSCHEIDER: Dafür gibt es ganz unterschiedliche Gründe: Desinteresse, Protest, Hindernisse am Wahltag oder antidemokratische Prinzipien zum Beispiel. Die größte Gruppe unter den Nichtwählern sind jedoch die rationalen Nichtwähler – also Menschen, die von Wahl zu Wahl aufs Neue kalkulieren, ob ihre Stimmabgabe einen Unterschied macht. Wenn sie den Eindruck haben, die Wahl ist gelaufen, dann bleiben sie zu Hause; wenn sie das Gefühl haben, mit ihrer Stimme etwas bewegen zu können, gehen sie ins Wahllokal. Natürlich spielen auch Parteienverdrossenheit und die Unzufriedenheit mit der eigenen sozialen Situation eine Rolle.

Wie könnte man diese Gruppen zum Wählen bewegen?

BRETTSCHEIDER: Die rationalen und die Protestwähler sind nicht permanent verloren. Da kommt es zum einen sehr auf die Umstände der Wahl an, und zum anderen natürlich auf die Frage, wogegen sie gerade protestieren. Es gibt eine Forsa-Umfrage, die von Nichtwählern wissen wollte, unter welchen Umständen sie wieder wählen gehen würden. Die häufigste Antwort war: Wenn die Politiker wieder ein Ohr für die wirklichen Sorgen und Nöte der Menschen hätten. Viele Nichtwähler haben den Eindruck, dass es in der Politik nicht mehr um sie und ihre Nöte geht.



Frank Brettschneider: Manches ist nur vorgeschoben. Foto: Universität Hohenheim

Inwiefern müssen sich Politiker diesen Schuh anziehen?

BRETTSCHEIDER: Die Wahrnehmung dieser Menschen ist in jedem Fall sehr wirkungsmächtig, sie haben wirklich das Gefühl, abgehängt zu sein. Teilweise ist es aber auch vorgeschoben. Man möchte nicht sagen, dass einen Politiker nicht interessiert und behauptet stattdessen, dass man ja wählen würde, wenn sich die Parteien nur um einen kümmern. Dabei gibt es ja Parteien wie etwa die Linke, die in ihren Wahlkämpfen explizit sozial benachteiligte Gruppen ansprechen und trotzdem keinen überwältigenden Zulauf erfahren.

Das Problem liegt darin, dass Politiker viele Leute gar nicht erreichen?

BRETTSCHEIDER: Ja, die Kommunikation der Parteien reicht oft nicht aus. Viele Menschen schauen keine Fernsehnews, lesen keine Zeitung und nehmen dementsprechend nicht wahr, dass sich jemand für sie einsetzt. Parteien müssen auch zwischen den Wahlen Wege finden, auf denen man diese Gruppe erreicht. Das geht fast nur über die Arbeit vor Ort, über direkten Kontakt. Dazu gehört aber auch die Bereitschaft der Bürger, sich mit Politik auseinanderzusetzen.

Viele scheinen aber auch das Vertrauen in den Landtag verloren zu haben. Stichwort: Die da oben halten eh nicht, was sie versprechen. BRETTSCHEIDER: Dem können Politiker nur entgegenwirken, indem sie immer und immer wieder erläutern, warum sie Entscheidungen getroffen haben oder von ursprünglichen Aussagen abgewichen sind. Politik ist doch kein Willkür-Akt, meistens gibt es gute Gründe für politisches Handeln. Doch das verständlich zu erklären, kommt im Alltag leider zu kurz.